

Russisch-deutsche Wirtschaftsbeziehungen: Gegenwart und Zukunft

Autor: Rouwen Wohlbrück ¹

Stand: 2.12.2015



Die Fragen, die im Zentrum der vom Moscow Economic Forum und dem Ostinstitut/Wismar mit dem russischen Minister für Industrie und Handel Denis Manturov durchgeführten Podiumsdiskussion² standen, lagen nahe: Wie soll es in Zeiten der Sanktionen mit den Wirtschaftsbeziehungen weitergehen? Kann die Wirtschaft wieder eine aktive Führungsrolle in der Gestaltung der Deutsch-Russischen Beziehungen einnehmen?

Trotz der derzeitig angespannten politischen Lage verbindet Deutschland und Russland ein starkes Band. Durch die Vielzahl der in Russland ansässigen deutschen Unternehmen einerseits und die russischen Rohstoffexporte in EU-Länder, insbesondere Deutschland andererseits profitiert die Wirtschaft beiderseitig. Dabei herrscht nicht immer ein ausgewogenes Verhältnis. Insbesondere sorgen zurzeit die Sanktionen seitens der EU für ein politisches und wirtschaftliches Ungleichgewicht.

An der Podiumsdiskussion nahmen von deutscher Seite Wolfgang Clement (Bundesminister a.D.), Dr. Frank Schauff (Hauptgeschäftsführer des Association of European Businesses in Moskau), Falk

¹ Studentischer Mitarbeiter Ostinstituts Wismar

² Allgemeine Informationen zur Veranstaltung: <http://www.beiten-burkhardt.com/de/events/icalrepeat.detail/2015/11/09/367/-Russisch-deutsche-Wirtschaftsbeziehungen-Gegenwart-und-Zukunft-Berlin> (abgerufen am 09.11.2015).

Tischendorf (Managing Partner Beiten Burkhardt Moskau) sowie Prof. Dr. Rainer Lindner (Geschäftsführer des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft) teil. Von russischer Seite waren Denis Manturov (Minister für Industrie und Handel der Russischen Föderation), Konstantin Babkin (Co-Vorsitzender des Moskauer Wirtschaftsforums, Präsident des Industrieverbands "Nowoje sodrushestwo"), Manfred Eibeck (Generaldirektor der OAO "Russian Machines") sowie Ruslan Grinberg (Co-Vorsitzender des Moskauer Wirtschaftsforums; Korrespondierendes Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften, Direktor des Instituts für Wirtschaft der Russischen Akademie der Wissenschaften) vertreten.

Wie zu erwarten, standen im Mittelpunkt der Diskussion die EU-Sanktionen, unter denen die russische Wirtschaft, wie es die Redner selbst schilderten, leide³.

Frank Schauff warf hingegen ein, dass nicht allen die Sanktionen für die Probleme der russischen Wirtschaft maßgeblich seien, sondern vielmehr die Entwicklung des Rubelkurses anhand der Öl- und Gaspreise in Russland. Nachteilhaft sei auch die falsche Politik mit der schwerpunktmäßigen Ausrichtung auf natürliche Ressourcen. Strukturelle Faktoren überwögen hiernach bei der Entwicklung der russischen Wirtschaft.

Minister Manturov unterstrich, dass man die Krise auch als Chance für die russische Wirtschaft begreifen müsse. Man werde die russische Wirtschaft anhand von Importsubstitutionen fördern, indem man ausländische Güter etwa durch Importrestriktionen gering halten und man die Lokalisierung der russischen Wirtschaft vorantreiben werde. Herr Manturov sprach sich zuletzt für die Entwicklung russischer Potentiale aus. Herr Clement bezweifelte indes, dass man von staatlicher Seite die Wirtschaft zu einer erfolgreichen Lokalisierung bringen könne. Auch Herr Schauff zeigte sich skeptisch, dass durch Abschottung und Lokalisierung ein Rückgang der Konkurrenz stattfinde, wodurch die Gesamtlage noch weiter geschwächt werde.

Auch die Ukraine-Krise wurde angesprochen und die negativen Auswirkungen auf die deutsche und die russische Wirtschaft gleichermaßen erörtert. Es sei zu befürchten, dass sich die wirtschaftlichen Probleme zwischen Deutschland und Russland noch verstärkten, insbesondere wenn die Ukraine in Zukunft näher an die EU heranwachse und Russland seinen Markt vor deutschen und ukrainischen Gütern abschotten könnte. Der russische Blick sei vor allem mittlerweile auf China als Alternative gerichtet als Konkurrenz für den russisch-deutschen Handel.

Die Redner beider Seiten waren sich letztlich einig, dass die wirtschaftlichen Beziehungen trotz der EU-Sanktionen aufrecht erhalten und gestärkt werden müssten, um so auch für die Politik die Möglichkeiten von Gesprächen offenzuhalten. Die Politik hingegen werde langfristig die Rahmenbedingungen für eine Annäherung schaffen müssen, wenn die Partnerschaft zwischen

³ Die EU-Sanktionen gefährden hiernach zurzeit über 200 Mio. Arbeitsplätze.

Deutschland und Russland nicht vollständig zerstört werden solle. Kurzfristig werde die Wirtschaft jedoch ohne die Politik Brücken bauen müssen. Beide Seiten bekräftigen noch einmal, dass die Bereitschaft zur offenen Kommunikation vorhanden sei.